

Sozialstaatsabbau zwecks Standortaufbau ein durch und durch imperialistisches Programm

Vortrag und Diskussion von und mit

Prof. Freerk Huisken (Universität Bremen)

Ohne Mühe lässt sich am Sozialstaat ablesen, wie wenig freundlich es kapitalistische Unternehmungen und der bürgerliche Staat mit lohnabhängigen Zeitgenossen meinen. Die Rede ist dabei nicht nur vom aktuellen Abbau des Sozialstaats. Die prinzipielle Kritik trifft auch seine Hochphase. Dennoch hat diese Einrichtung bis vor kurzem nur Lob geerntet, in welchem sich Gewerkschafter, sozialdemokratische Abweichler und der Rest der deutschen Linken mit den staatlichen Verwaltern des Sozialsystems einig wussten. Diese Einheitsfront der Sozialstaatsfreunde hat inzwischen Risse bekommen. Denn die letzten Regierungen sind zunehmend mit ihrem Produkt unzufrieden und bauen es so gründlich um, dass glatt von einem "Systemwechsel" die Rede ist. Die andere Abteilung der Front meldet Einwände an und möchte den alten Sozialstaat erhalten. So sehr einerseits Kritik am Abbau angebracht ist, so unangebracht ist es andererseits, deswegen den Sozialstaat verteidigen zu wollen.

Freitag, 28. Mai

19 Uhr

Raum 25, Altes Hauptgebäude

TU Darmstadt

Innovationshemmnis.

Zur Wahlbeteiligung: Jedem politisch halbwegs interessierten Mitbürger wurde es nach den letzten Europawahlen um die Ohren gehauen: „Es ist zwar nicht nett, dass Du so masserhaft zu Hause geblieben bist und auf Dein Wahlrecht verzichtet hast, aber irgendwie war es auch verständlich. So wenig Einfluß wie das Europaparlament hat; bei der realen Machtkonzentration auf Expertengremien und Kommissionen...“ Das waren gängige und landauf landab akzeptierte Begründungen für die geringe Wahlbeteiligung.

Aber die Studenten! Wollen partout nicht mitmachen und ihr Recht auf Mitbestimmung nicht wahrnehmen. Ja, genau mitbestimmen... Wozu bitte irgendwo noch ein Kreuz machen, wenn es denn sowieso so kommt wie es kommen muss, wenn auf die Meinung der Studierenden nur dann Rücksicht genommen wird, wenn sie sich mit den Wettbewerbsinteressen von Hochschulleitung und Landesregierung deckt.

Sollte es tatsächlich zu einer Einführung einer 25% Hürde kommen, wird der AStA der TU Darmstadt alles in seiner noch verbliebenen Macht tun, um diese umzusetzen. Ob das Möglich ist, liegt auch an der Bereitschaft der Universität (hier der TUD), den Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Mangelnde Wahlbekanntmachung und schlecht bis gar nicht ausgeschilderte Wahllokale, wie bei der letzten Hochschulwahl vergangene Woche der Fall, führen nicht zu einer höheren Wahlbeteiligung. Die Wahl sollte geheim, aber nicht versteckt sein.

So, lieber Wissenschaftsminister, liebes Ministerium für Wissenschaft und Kunst, liebe Verantwortliche für den Entwurf zum neuen HHG:
„Schluß mit Lustig! Wir nehmen die Herausforderung an. Wir interpretieren die Novelle des HHG als Kampfansage und werden uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren!“

Wir sind keine Propheten und haben es doch befürchtet. Bildung wird mehr und mehr als Ware verstanden, der Studierende wird zum Kunden degradiert und die Universität ist ein bunter Supermarkt. Wenn das ein Resultat aus der Logik von Angebot und Nachfrage ist, werden wir uns (wie schon so oft) gegen die Strukturierung der Hochschule durch das Kapitals auflehnen.

Darmstadt, 27.06.2004

Mit freundlichen Grüßen

Holger Siche

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Steffen Falk

Referent für
Hochschulpolitik

Wer Rechtschreibfehler findet, darf sie behalten.